

Rentengarantie belastet Beitragszahler drastisch

Am Freitag wird der Bundestag das Verbot von Rentenkürzungen beschließen. Was den Rentnern nützt, schadet denen, die mit ihren Beiträgen die Altersbezüge finanzieren: Rentenfachmann Börsch-Supan rechnet 2010 mit einem Rentenbeitragssatz von 22,2 Prozent.

BERLIN, 17. Juni. Das Versprechen der Politik, die Renten nicht zu kürzen, kann die Beitragszahler Milliarden kosten. Das haben die Rentenfachleute Axel Börsch-Supan und Bernd Raffelhüschen unabhängig voneinander ausgerechnet. Sie kritisieren deshalb heftig die geplante Rentengarantie der großen Koalition, die der Bundestag an diesem Freitag endgültig beschließen will.

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von derzeit 19,9 Prozent muss nach Auffassung des Mannheimer Wirtschaftswissenschaftlers Axel Börsch-Supan wegen der Rentengarantie der Bundesregierung und wegen der Wirtschaftskrise im nächsten Jahr drastisch erhöht werden. "Der Beitragssatz springt dramatisch nach oben", heißt es in der Stellungnahme Börsch-Supans zur geplanten Gesetzesänderung. "Auf den ohnehin großen Sprung aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise von 1 bis 1,5 Prozentpunkten setzt das Kürzungsverbot weitere 0,8 Prozentpunkte." Damit könnte der Beitragssatz 2010 auf 22,2 Prozent steigen. Ein Durchschnittsverdiener würde dadurch um bis zu 240 Euro im Jahr belastet. Mit einem konsequenten Nachholen der unterlassenen Kürzungen rechnet Börsch-Supan nicht. "Für die jüngere Generation wird die gesetzliche Rente daher deutlich unattraktiver", warnt er. "Damit wird, entgegen der ursprünglichen Absicht des Kürzungsverbots, die gesetzliche Rentenversicherung destabilisiert."

Die Deutsche Rentenversicherung hat schon vergangene Woche einen Beitragssatzanstieg auf 20,2 Prozent im Jahr 2010 prognostiziert (...) Grundlage für die Rechnung ist wie bei Börsch-Supan die Prognose der führenden Wirtschaftsforscher, die 2009 einen Lohnrückgang von 2,3 Prozent erwarten. Ohne Schutzklausel müssten dann auch die Renten sinken. (...)

Der vollständige Artikel erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 18. Juni 2009.